

Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen zu den Empfehlungen des Fiskalrates zur Budgetpolitik im Juni 2024

Die wirtschaftliche Entwicklung war im ersten Halbjahr 2024 angespannt. Die konjunkturelle Erholung verzögert sich weiter, das WIFO erwartet in seiner Konjunkturprognose von Juni 2024 nur mehr eine Stagnation der heimischen Volkswirtschaft im Jahr 2024. Allgemein herrscht große Unsicherheit bei Unternehmen und privaten Haushalten, die eine Zurückhaltung bei Investitions- und Konsumausgaben bedingt. Erste Auswirkungen sind inzwischen auch am Arbeitsmarkt sichtbar, der in Summe jedoch weiterhin vergleichsweise robust bleibt.

Die fiskalpolitischen Auswirkungen der stagnierenden wirtschaftlichen Aktivität hielten sich im Budgetvollzug 2024 bisher in Grenzen. In der Aktualisierung der Fiskalprognose des BMF im April 2024, revidierte das BMF seine Einschätzung des gesamtstaatlichen Maastricht-Saldos 2024 von -2,7% des BIP im Oktober 2023 auf -2,9% des BIP. Rezentere Prognosen anderer Institutionen reichen von -2,8% (IWF und OECD), über -3,1% des BIP (EK und OeNB) bis -3,4% des BIP (Fiskalrat).

Wesentlich für die Revision waren einerseits verlängerte Energiekrisenmaßnahmen (insbesondere Reduktion der Energieabgaben und Verlängerung des Stromkostenzuschusses) sowie die durch die Bundesregierung präsentierte „Wohnraum- und Bauoffensive“. Gleichzeitig besserte sich seit der Budgeterstellung das Zinsumfeld.

Der Vollzug des Bundeshaushalts 2024 verlief im ersten Halbjahr größtenteils erwartungsgemäß. Eine prolongierte Konjunkturschwäche stellt jedoch ein budgetäres Risiko für das zweite Halbjahr dar.

Jüngste Ratingeinschätzungen (Fitch, S&P, Morningstar DBRS) blieben in Erwartung erfolgreicher Konsolidierungsbemühungen und Erfüllung der EU-Vorgaben stabil. S&P hat auch den Ausblick von „stabil“ in „positiv“ geändert. Es muss gemeinsames Ziel aller verantwortlichen Akteure sein, diesem Vertrauen gerecht zu werden und Österreichs ausgezeichnete Reputation und Bonität abzusichern.

Empfehlung: Rasche und nachhaltige Rückführung struktureller Budgetdefizite, um fiskalpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen

Mit 30. April 2024 sind im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts die neuen EU-Fiskalregeln in Kraft getreten.¹ Das neue Fiskalregelwerk sieht vor, dass EU-Mitgliedstaaten mit einem öffentlichen Budgetdefizit von über 3% des BIP und bzw. oder mit einem öffentlichen Schuldenstand von über 60% des BIP von der Europäischen Kommission einen länderspezifischen budgetären Referenzpfad erhalten.

Am 21. Juni 2024 hat die Europäische Kommission Österreich diesen Referenzpfad übermittelt. Im Sinne der Transparenz hat das BMF den österreichischen Referenzpfad am 25. Juni 2024 dem Nationalrat übermittelt und auf der BMF-Homepage² veröffentlicht.

Österreich kann in Umsetzung der Vorgaben zwischen einem vierjährigen und einem siebenjährigen budgetären Anpassungszeitraum wählen. Die Wahl des auf sieben Jahre verlängerten Anpassungszeitraums setzt aber die verpflichtende Implementierung von geeigneten Reform- und Investitionsvorhaben voraus.

Konkret sieht der vierjährige Anpassungszeitraum eine jährliche Verbesserung des strukturellen Primärsaldos um 0,5%-Punkte, der siebenjährige um 0,3%-Punkte des BIP vor.

Betreffend Erarbeitung des mittelfristigen Fiskalstrukturplans sowie der notwendigen Steuerungsmaßnahmen zur Erfüllung des vorgegebenen Referenzpfades teilt das BMF die Empfehlungen des Fiskalrats. Das betrifft insbesondere das Auslaufen sämtlicher temporärer, krisenbedingter Maßnahmen, die Vermeidung von Doppelförderungen, die Notwendigkeit von Gegenfinanzierungsmaßnahmen bei neuen wirtschaftspolitischen Vorhaben sowie die Kosteneffektivität bei klimapolitischen Maßnahmen.

Empfehlung: Wiederherstellung der Krisenresilienz in einem anhaltend unsicheren Umfeld

Das klare Bekenntnis des BMF zur Erfüllung des von der Europäische Kommission übermittelten Referenzpfades impliziert auch die Rückkehr zu einem nachhaltigen Budgetpfad und die Rückführung der Staatsschuldenquote in der mittleren Frist. Die

¹ Konkret die neue Verordnung (EU) 2024/1263, die novellierte Verordnung (EU) 2024/1264 sowie die novellierte Richtlinie (EU) 2024/1265.

² Siehe: <https://www.bmf.gv.at/services/startseite-budget/Budgetpolitischer-Referenzpfad.html>

konkrete Planung und Implementierung einer EU-regelkonformen Budgetpolitik in den nächsten Jahren obliegt der neuen Bundesregierung.

Abseits davon hat das BMF Initiativen gesetzt, um nach den Krisenjahren den Budgetvollzug restriktiver zu gestalten. Auf die fortlaufende Weiterentwicklung und den Ausbau der Transparenzdatenbank, den verstärkten Einsatz von Spending Reviews sowie den Einsatz von Green Budgeting zur Steigerung der Kosteneffektivität im Klimabereich wurde in der vorigen Stellungnahme bereits hinlänglich eingegangen.

Darüber hinaus sind der demografische Wandel und der Klimawandel bereits in den aktuellen mittelfristigen Budgetplanungen abgebildet.

So sind im aktuellen Bundesfinanzrahmen 2024-2027 substanzielle Mittel für Investitionen und Förderungen im Klimabereich, mit Schwerpunkt grüne Transformation (Gebäudesektor, Dekarbonisierung Industrie, Energieeffizienz) und Transformation der Mobilität abgebildet. Auch ein Teil der Mittel des im Paktum zum Finanzausgleich 2024-2028 etablierten Zukunftsfonds ist für den Bereich Umwelt und Klima vorgesehen.

Empfehlung: Konsequente Erfüllung der Vorgaben des neuen EU-Fiskalrahmens

Ein erster Fiskalstrukturplan muss gemeinsam mit der Budgeterstellung von der neuen Bundesregierung übermittelt werden.

Methodologische Verbesserungen, die die Komplexität des neuen EU-Fiskalregelwerks reduzieren, werden in der sogenannten DSA³-Arbeitsgruppe, die formell ein DSA-Format des „*Economic and Financial Committee Alternates*“ ist, behandelt. Konkret soll das mögliche Verbesserungen der DSA-Methodik – wie sie im *Debt Sustainability Monitor 2023*⁴ beschrieben ist – untersuchen, ZB. welche Annahmen den Basisprojektionen zugrunde liegen, sowie die deterministischen und stochastischen Analysen. Das BMF wird sich als Mitglied in diesem DSA-Format für nachvollziehbare Berechnungen, und die Reduktion der Komplexität einsetzen.

Im Lichte der aktuellen Diskussionen zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung auf europäischer Ebene wurde im Paktum zum Finanzausgleich ab dem Jahr 2024 ua. vereinbart, dass man die Umsetzung allfälliger neuer bzw. adaptierter unionsrechtlicher Änderungen in eine Reform des ÖStP 2012 einfließen lassen wird. Zu diesem Zweck wurde

³ DSA = Debt Sustainability Analysis (= Schuldentragfähigkeitsanalyse)

⁴ Siehe: https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/debt-sustainability-monitor-2023_en

eine Arbeitsgruppe im Rahmen des ÖKK eingerichtet. Die Intention ist, die gestiegene Komplexität des neuen EU-Fiskalregelwerks nicht auf die subnationale Ebene zu übertragen, sondern die Überleitung über bereits bekannte und steuerungsrelevante Kennziffern zu bewerkstelligen.

Die Übergangslösung für die Behandlung des Haushaltsjahres 2024 sowie damit einhergehend auch der Jahre vor Aktivierung der Allgemeinen Ausweichklausel wird im Lichte des neuen ÖStP sowie der Behandlung des Jahres 2024 durch die Europäische Kommission zu betrachten sein. Die Übergangslösung wird Teil des neuen ÖStP sein.

Empfehlung: Dynamik in demografieabhängigen Ausgabenbereichen zur Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit bremsen

Im Paktum zum Finanzausgleich 2024-2028 wurden verschiedene strukturelle Maßnahmen im Bereich Gesundheit vereinbart, die bereits in der Stellungnahme des BMF vom April 2024 exemplarisch angeführt wurden. Zwischenzeitlich wurde von den Zielsteuerungspartnern Bund, Ländern und Sozialversicherung auch der vorgesehene Zielsteuerungsvertrag für die Periode 2024-2028 beschlossen, in dem die strategischen und operativen Ziele sowie die auf Bundes- und Landesebene zu setzenden Maßnahmen zur Zielerreichung vereinbart und verbindlich festgelegt wurden.

Darüber hinaus wurden auch wesentliche Schritte zur Verbesserung der Koordination zwischen den Gebietskörperschaften im Pflegewesen. Erwähnt sei insbesondere nochmals die (gesetzliche) Verankerung einer Pflege-Entwicklungs-Kommission, die sich aus den Finanzausgleichspartnern zusammensetzt – zum Zwecke der gemeinsamen strategischen Beobachtung und des Monitorings der Pflegevorsorge bzw. der auf die Dauer der FAG-Periode gemeinsame Finanzierung zuvor befristeter Maßnahmen (Entgelterhöhungen, Ausbildungsbeiträge, Community Nursing).

IZm. der Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters wird auf die nunmehr in Umsetzung befindliche, schrittweise Angleichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen an jenes der Männer verwiesen; weitere Schritte sind die beschlossenen Maßnahmen zur Anreizsetzung zum längeren Verbleib älterer Personen im Erwerbsleben (ua. höhere Zuschläge (5,1% pa.) beim Arbeiten über das Regelpensionsalter hinaus, teilweise Übernahme von Pensionsbeiträgen für erwerbstätige Personen über 65 Jahren).

Wien, September 2024